

Grundsätzlich eben noch nicht

Wie es beim Innenministertreffen von Brüssel zu de Maizières verfrühter Freude kam – und was am Ende entschieden wurde.

15.09.2015

Viel Zeit zum Schlafen war **Thomas de Maizière** nicht geblieben. Eine halbe Stunde vor Mitternacht hatte das Flugzeug, das den Innenminister von Brüssel heimgeflogen hatte, Montagnacht in Berlin Tegel aufgesetzt. Am Dienstag konnten die Fernsehzuschauer ihn schon wieder im Morgenmagazin des ZDF hören. Es ging natürlich um das Treffen der Innenminister der Europäischen Union am Vortag in der belgischen Hauptstadt. De Maizière kam zwar auch auf die Fortschritte zu sprechen, die erreicht worden seien. Doch er ließ keinen Zweifel daran, was er von der Weigerung einiger osteuropäischer Staaten hält, bei einer Verteilung von Flüchtlingen auf Europa mitzumachen. Das sei „unsolidarisch von der Minderheit“.

Damit nicht genug. De Maizière brachte „Druckmittel“ gegen die widerspenstigen Länder ins Spiel. In die Kamera sagte er, Kommissionspräsident Jean-Claude **Juncker** habe vorgeschlagen, diese Länder sollten weniger Mittel aus den Strukturfonds der EU erhalten. Juncker ließ postwendend dementieren. „Der Präsident hat das nie gesagt“, stellte eine Sprecherin klar. In seinem Kampf, die Flüchtlinge gerechter auf die EU-Staaten zu verteilen, kann de Maizière es sich nicht leisten, seine Freunde zu verprellen. Juncker ist einer von ihnen.

Der tschechische Innenminister Milan Chovanec gehört zumindest in der Flüchtlingspolitik nicht in den Kreis der politischen Freunde de Maizières. Dass er sich gegen die Sanktionsforderung aus Berlin wandte, hätte de Maizière sich ausrechnen können. Dass der slowakische Ministerpräsident **Robert Fico** dem Tschechen beispringen würde, war auch keine Überraschung. Wenn de Maizière nun die Strukturfonds ins Spiel bringe, sei das nicht die intelligenteste Form der Erpressung, sagte in Brüssel ein Diplomat eines der betroffenen Länder. Die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechische Republik und die Slowakei schweiße das eher zusammen.

Schon am Montag, als die EU-Minister im Brüsseler Ratsgebäude nach Kompromissen suchten, hatte de Maizière keine gute Hand bei der Einschätzung des Widerstands der Osteuropäer gegen die vor allem von der Kommission, Berlin und Paris geforderte Verteilung von **Flüchtlingen** bewiesen. Es war 19.30 Uhr, als er und der französische Innenminister Bernard Cazeneuve mit wenigen Minuten Vorlauf eine Pressekonferenz abhielten. War das Treffen beendet? Gar mit einem Erfolg?

Aus „gleich“ wurden zwei Stunden

Noch nicht ganz. Doch die beiden Minister, auf deren Initiative man außer der Reihe in Brüssel zusammengekommen war, konnten es offenbar nicht mehr abwarten, noch vor einem endgültigen Beschluss im Plenum der Öffentlichkeit wenigstens die kleinen Ergebnisse zu präsentieren, die erzielt wurden. Möglicherweise hatten sie die Abendnachrichten vor Augen, die man um diese Uhrzeit noch erreichen kann.

„Grundsätzlich“ sei man sich „einig“, 160.000 Flüchtlinge in der EU zu verteilen, sagt de Maizière zum derzeitigen Topthema Europas. Auf 40.000 hatte man sich tatsächlich schon verständigt. Aber zum zweiten Teil, den 120.000, fehlte die Einigung. Die Hoffnung, am Montag eine Quote für die Verteilung zu beschließen, war ohnehin nicht mehr auf dem Verhandlungstisch. Nach einer Viertelstunde sagte de Maizière, nun müssten er und Cazeneuve aber wieder in die Sitzung, sonst könne ja nicht beschlossen werden, was sie eben vorgetragen hätten. Er lachte dabei sogar ein bisschen. Man komme gleich noch einmal wieder, rief er den Journalisten zu.

Aus „gleich“ wurden zwei Stunden. Bevor Cazeneuve und de Maizière vor die Presse traten, hatten sie den anderen Innenministern neue Vorschläge zur Lektüre gegeben. Es ging den beiden darum, die weichen Formulierungen der luxemburgischen Ratspräsidentschaft zur Verteilung der Flüchtlinge zu konkretisieren, verbindlicher zu machen. Aus einer grundsätzlichen Bereitschaftserklärung sollte eine Formulierung werden, die eine Verpflichtung zumindest nicht ausschließt.

Zustimmung der Osteuropäer zu keinem Zeitpunkt möglich

Dass alle EU-Staaten ihren Willen zur Aufnahme von Flüchtlingen dokumentieren, war für die Deutschen und die Franzosen die untere Schmerzgrenze. Vor der Pressekonferenz hatte eine Arbeitsgruppe über die neue Formulierung beraten; auch ein Mitglied der Visegrád-Staaten war dabei. Angeblich ist man sich dort einig geworden – de Maizière und Cazeneuve fühlten sich ermuntert, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Doch als sie wieder in den Beratungssaal zurückkehrten, sah die Lage auf einmal ganz anders aus. Die Osteuropäer wollten nur einer Formulierung zustimmen, die explizit festschreibt, dass die Umverteilung auf freiwilliger Basis erfolgt. Die Bundesregierung hatte zwar vor dem Treffen vorgeben, es müsse nicht ausdrücklich von verbindlichen Quoten für die Umverteilung die Rede sein, faktisch müsse es aber darauf hinauslaufen.

Zweimal habe der luxemburgische Immigrationsminister Jean Asselborn, der Gastgeber des Treffens, am Montagabend neue Kompromissformulierungen für die Umverteilung der Flüchtlinge vorgelegt, heißt es von den Visegrád-Staaten. Er habe sich aber nicht ausreichend bewegt. Eine Zustimmung der Osteuropäer sei zu keinem Zeitpunkt möglich gewesen. „Einer Umverteilung auf freiwilliger Basis hätten wir sofort zugestimmt“, sagte ein Diplomat am Dienstag.

Dokument auf tönernen Füßen

De Maizière erkannte, dass es mit der Einstimmigkeit nichts mehr werden würde und beantragte eine Mehrheitsentscheidung. Abgestimmt wurde aber gar nicht mehr. Am Montag gab es also Schlussfolgerungen der luxemburgischen Ratspräsidentschaft, nicht wie üblich Schlussfolgerungen des Rates. Sie würden aber von einer großen Mehrheit getragen, wie der zerknirschte Asselborn am Montagabend verkündete – auch wenn diese Mehrheit nie formal festgestellt worden war.

Doch damit nicht genug: Alle Mitgliedstaaten, so heißt es in dem Papier, bekräftigten ihren Willen, an der Verteilung der 120000 Flüchtlinge teilzunehmen – obwohl ja fünf

Mitgliedstaaten (Visegrád-Staaten plus Rumänien) gerade das Gegenteil bekundet hatten. Eine Mehrheit kann theoretisch durchsetzen, dass alle mitmachen müssen – nicht aber, dass alle mitmachen wollen. Das Dokument steht auf tönernen Füßen. Als de Maizière um 21.55 Uhr noch einmal kurz vor die Mikrofone trat, war jedes Lachen aus seinem Gesicht gewichen.

Vonseiten der Ratspräsidentschaft hieß es am Dienstag, man habe die Schlussfolgerungen dennoch veröffentlicht, um überhaupt etwas in der Hand zu haben. Noch am Montagmittag hatte Asselborn versucht, Optimismus zu verbreiten. Am Dienstag versuchte er freilich, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren: Die umstrittene Flüchtlingsquote will er beim Rat der Innenminister Anfang Oktober auch gegen den Widerstand der Osteuropäer durchsetzen.

Alle wollen die Außengrenzen verstärken

Seit Lissabon funktioniere Europa auch mit qualifizierter Mehrheit, sagte Asselborn. Seine Sprecherin freilich relativierte die Drohung: Man werde sehen, wie es weitergeht. Nun werde aufgrund der Schlussfolgerungen erst einmal eine Rechtsgrundlage erarbeitet – möglicherweise mit dem Zusatz, dass die Umverteilung nicht nach Quoten, sondern auf freiwilliger Basis erfolgen soll.

Neben der Umverteilung gibt es etliche weitere Punkte, über die sich die Staaten einig sind. Die sollen nicht an dem Streit über die Formulierung der 120.000 Flüchtlinge scheitern, heißt es in Brüssel. Die Innenminister sind sich einig, dass sie den UN-Flüchtlingskommissar bei der Versorgung der Flüchtlinge im Irak, in Jordanien, Libanon und der Türkei finanziell unterstützen will.

Alle Mitgliedstaaten wollen den Schutz der Außengrenzen verstärken. Sogenannte Hotspots, in Griechenland und Italien sollen in Kürze die Arbeit aufnehmen, um die Migranten zu registrieren und ihre Chancen auf Asyl einzuschätzen, Schutzbedürftigen zu helfen und die anderen zurückzuschicken. Auch darüber, dass die Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten gelten sollen, sind sich die Mitgliedstaaten einig.

Quelle: F.A.Z.